

GRAZER Stadtblatt



KOMPAKT

Ausgabe 6, Juni 2022 • Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs • Rathaus, Hauptplatz 1, Zimmer 236–239

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht

Graz: Mehr Personal für Kinderbildung

70 neue Dienstposten bekommt die Abteilung Bildung und Integration zur Verfügung gestellt. Davon sind 54 Vollzeitäquivalente für Pädagog:innen und Kinderbetreuer:innen vorgesehen. Damit können die Beschäftigungsausmaße von teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter:innen angehoben werden. Das bringt eine spürbare Entlastung des Personals in den einzelnen Kinderbetreuungseinrichtungen – insbesondere während der Mittagsstunden. Mitarbeiter:innen wird damit außerdem ermöglicht, dass sie eine Ausbildung zur Sonderkindergartenpädagog:in absolvieren.

„Endlich hat sich zumindest in Graz das Verständnis durchgesetzt, dass bessere Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen und Betreuer:innen ein Gebot der Stunde sind“, freut sich Personalstadtrat **Manfred Eber**.

Hauptverantwortung bei Land und Bund

In der Elementarpädagogik brennt schon seit langem der Hut. Bundes- und Landesregierung sind seit vielen Jahren säumig. „Als Stadt Graz können wir nicht alles auffangen, was auf höherer Ebene unterlassen wird“, so Eber, „doch mit diesem rasch umgesetzten Personalpaket soll dafür Sorge getragen werden, dass die Qualität in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen gesteigert wird.“



Während Bund und Land säumig sind, nimmt Graz viel Geld in die Hand, um dringend nötige Verbesserungen in der Elementarpädagogik umzusetzen.

FOTO: TOLMACHO, PIXABAY

Wenn aber Land und Bund nicht einlenken, können die Städte ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen.

„Die Budgets sind seit vielen Jahren unzureichend – allen wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Bedeutung der Elementarpädagogik zum Trotz“, kritisiert **Mina Naghibi**, KPÖ-Bildungssprecherin im Gemeinderat und selbst Elementarpädagogin.

Wesentlich sind für die Kommunistin die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, „damit sie ihre Kompetenzen zielsicher einsetzen können und dabei nicht länger an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen müssen“. Der Trend weist derzeit jedoch leider in die andere Rich-

tung. Bürokratische Tätigkeiten nehmen immer mehr Zeit in Anspruch. Verschärft wird das Problem durch oft völlig unzureichendes und veraltetes technisches Equipment und eingeschränkten Internetzugang.

Landesregierung gefordert

„Die Landesregierung muss endlich die Rahmenbedingungen verbessern“, so Naghibi. In einem einstimmig beschlossenen Dringlichkeitsantrag forderte der Grazer Gemeinderat bereits im April das Land Steiermark auf, zu handeln. Das sind die geforderten Eckpunkte:

- Verbesserung der Qualitätsstandards insbesondere

hinsichtlich Gruppengröße und Räumlichkeiten

- Verbesserung des Angebots hinsichtlich Öffnungszeiten und Schließtagen, insbesondere bei Kinderkrippen
- Stufenweiser Ausbau des Versorgungsgrades für Kindergartenplätze ab dem ersten Lebensjahr
- Flächendeckende Bereitstellung eines inklusiven Angebots von der Kinderkrippe an
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen und Unterstützungspersonal
- Sicherstellung von Mitteln für eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur in den Einrichtungen zur Bewältigung der administrativen Aufgaben.

»Ein soziales Budget in

Soziales, leistbares Wohnen und Umweltschutz sind Schwerpunkte der Grazer Stadtregierung. Die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ hat das Budget für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen.

Mit diesem Budget, „das mit Vernunft und Sorgsamkeit erstellt wurde, können wir den Grazerinnen und Grazern Halt, Hoffnung und Zuversicht geben. Wir wollen die Gewitterwolken, die aufziehen, fernhalten und alles tun, um die Menschen zu entlasten, wo immer es möglich ist“, so Bürgermeisterin **Elke Kahr** zum ersten Budget der neuen Stadtregierung.

„Trotz des engen finanziellen Spielraumes ist es gelungen, ein Budget zu erstellen, das das Leben für viele Menschen in unserer Stadt erleichtern wird, auch wenn wir wissen, dass wir die Probleme auf Stadtebene nur mildern, aber nicht lösen können. Es ist ein Budget, in dem auch besonders jene Menschen unserer Stadt berücksichtigt werden, die keine Lobby haben“, ergänzt KPÖ-Wirtschaftssprecherin **Daniela Katzensteiner**.

„Die schwierige finanzielle Ausgangslage ist hinlänglich

bekannt. Uns ist es dennoch gelungen, einen beträchtlichen Rahmen für notwendige Investitionen, die der Mehrheit der Grazer Bevölkerung dienen, zu gewährleisten“, zeigt sich Finanzstadtrat **Manfred Eber** zuversichtlich.

Mit dem Budget sieht sich Gesundheits- und Pflegestadtrat **Robert Krotzer** für die Zukunft gut gerüstet: „Den großen Herausforderungen im Pflegebereich wollen wir mit ausreichender finanzieller Absicherung und noch weiteren Initiativen auch auf städtischer Ebene begegnen. Das Thema Gesundheit wollen wir noch stärker in den Mittelpunkt rücken.“ Im Speziellen ist der Aufbau einer Gesundheitsdrehscheibe geplant.

„Die Koalition war, ist und bleibt dabei, im Kulturbereich ein Fair-Pay-System einzuführen, damit vor allem jene, die in der freien Kulturszene tätig sind, besser abgesichert sind. Wenn der zuständige Kulturstadtrat **Günther Riegler** (ÖVP) ein Konzept vorlegt, stehen wir für Gespräche zur gemeinsamen Umsetzung zur Verfügung.“ Das stellte KPÖ-Kultursprecherin **Sahar Mohsenzada** in der Budgetsitzung fest, weil die ÖVP anderes ventiliert hatte.



Finanzstadtrat Manfred Eber legt sein erstes Budget vor.

Inklusive dem Investitionsfonds (130 Mio. Euro plus Bundeszuschüsse für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs) soll das Haus Graz für die nächsten fünf Jahre rund 1,2 Milliarden Euro in Vorhaben investieren – ein Rekordwert.



Kläranlage: 65 Millionen Euro



Feuerwehrpaket: 16,4 Millionen Euro



Neubau Zentralküche: 13 Millionen Euro

schweren Zeiten«



FOTO: KK

Mit einem 120-Millionen-Euro-Paket wird der Bau der Innenstadtentlastung sowie der zweigleisige Ausbau der Linien 1 (Mariatrost) und 5 (Maut Puntigam) in den nächsten Jahren bewerkstelligt. Gleichzeitig werden 15 neue Straßenbahnen um rund 60 Millionen Euro gekauft. Darüber hinaus starten die Detailplanungen für den Neubau der Süd-West-Linie sowie den Ausbau der S-Bahn.



FOTO: KK

Mit der Ausweitung der SozialCard (2,5 Millionen Euro) werden zusätzlich 13.000 Menschen mit geringem Einkommen entlastet. Zudem wird die städtische Sozialarbeit gestärkt und merklich ausgebaut. Außerdem werden Schwerpunkte für die Schaffung von mehr leistbaren Wohnraum gesetzt.

KPÖ fordert: Gehaltsbonus für alle im Behindertenbereich!

Nach den Protesten der Pfleger:innen und auch der Betreuer:innen aus dem Sozialbereich, hat die österreichische Bundesregierung im Mai eine „Pflegerreform“ angekündigt. Mitarbeiter:innen aus der Pflege sollen demnach 2023 und 2024 ein zusätzliches Gehalt erhalten. „Positiv anzumerken ist, dass das Betreuungspersonal aus dem Behindertenbereich dieses Mal nicht gänzlich leer ausgehen wird“, sagt KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**. Nach Vorlage

des Gesetzesentwurfs sollen nämlich Sozialbetreuer:innen mit einer pflegerischen Ausbildung bzw. Fachsozialbetreuer:innen der Behindertenarbeit ebenfalls die Bonuszahlungen erhalten. Auf eine wichtige Gruppe hat man aber ver-



FOTO: JULIA PRASSL

gessen, kritisiert Ulrich: „Die große Mehrheit der Behindertenbegleiter:innen wurden in der Reform nicht mitbedacht, obwohl diese in der Regel Seite an Seite mit dem Fachpersonal dieselben Tätigkeiten verrichten. Diese Unterscheidung ist völlig unnötig und birgt einiges an Konfliktpotential.“ Im Gemeinderat hat er sich mit den Mitarbeiter:innen des Sozialbereichs solidarisiert und setzt sich, mittels eines Antrags, für Nachbesserungen bei der geplanten Pflegerreform ein.

gessen, kritisiert Ulrich: „Die große Mehrheit der Behindertenbegleiter:innen wurden in der Reform nicht mitbedacht, obwohl diese in der Regel Seite an Seite mit dem Fachpersonal dieselben Tätigkeiten verrichten. Diese Unterscheidung ist völlig unnötig und birgt einiges an Konfliktpotential.“ Im Gemeinderat hat er sich mit den Mitarbeiter:innen des Sozialbereichs solidarisiert und setzt sich, mittels eines Antrags, für Nachbesserungen bei der geplanten Pflegerreform ein.

KOMMENTAR



Liebe Grazerinnen und Grazer!

Am 23. Juni hat der Gemeinderat das neue Budget beschlossen. Es regelt die Stadtfinanzen bis Ende 2023. Stadtrat Manfred Eber ist dabei mit sehr viel Umsicht und Sorgfalt vorgegangen. Die Stadt kann trotz schwieriger Rahmenbedingungen weiter in wichtige Bereiche wie Soziales, Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur und den öffentlichen Verkehr investieren. Es gibt Unterstützung für Arbeit und Wirtschaft, und die Stadt kann neuen, leistbaren Wohnraum schaffen.

Das alles ist wichtig für ein gutes Zusammenleben aller in unserer Stadt. Wenn man die Dinge aus der Perspektive jener betrachtet, die sich nicht um Arbeitsplatz und Geld sorgen müssen, bleiben auch viele alltägliche Probleme unsichtbar. Diesem Blick wollen wir den Blick von unten entgegengesetzen. Deshalb haben wir Kanal- und Müllgebühren nicht erhöht und die Öffi-Jahreskarte nicht verteuert. Die Bäderpreise konnten gesenkt werden und künftig werden mehr Menschen mit kleinen Einkommen Unterstützung durch die Stadt bekommen. Es ist wichtig, dass auf niemand vergessen wird und dass kein Mensch ausgegrenzt wird. Dieser Anspruch spiegelt sich im Grazer Budget wider. Denn am wichtigsten ist es, dass wir den Menschen in unserer Stadt Halt, Hoffnung und Zuversicht geben können.

Ihre Bürgermeisterin Elke Kahr

SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at

Wahlkampf-Kosten: Transparenz und Obergrenze

Der Ausbau der Transparenz und der Kontrollrechte ist ein wesentlicher Punkt im Koalitionsübereinkommen von KPÖ, Grünen und SPÖ und war in den vergangenen Monaten Hauptthema im Kontrollausschuss. Das Ergebnis ist ein umfassendes Transparenzpaket, das der Gemeinderat einstimmig beschlossen hat. Der Ball liegt nun beim Land Steiermark, das den Wunsch der Stadt in eine gesetzliche Regelung gießen muss. „Das Geld, mit dem Wahlkämpfe geführt werden, ist Steuergeld“, betont **Daniela Katzensteiner**, Kontrollsprecherin der KPÖ.

In den letzten Monaten haben die Menschen immer mehr ihr Vertrauen in die Politik verloren. In Graz hielt sich die ÖVP nicht an die zwischen den

Mit dem „Transparenzpaket“ hat der Gemeinderat eine deutliche Ausweitung der Kontrollrechte des Stadtrechnungshofs und des Kontrollausschusses in die Wege geleitet. Die lang geforderte Wahlkampf-kosten-Obergrenze für die Grazer Gemeinderatswahlen kommt im Juli in den Gemeinderat.

AUSGEWÄHLTE SCHWERPUNKTE

- ★ Überprüfung der Verwendung der Mittel der Klub- bzw. Fraktionsförderungen durch den Stadtrechnungshof
- ★ Einführung einer Wahlkampf-kostenobergrenze und Kontrolle der Einhaltung durch den Stadtrechnungshof
- ★ Möglichkeit der Einholung von Stellungnahmen des Rechnungshofes zur wirtschaftlichen Nachhaltigkeit der städtischen Tochtergesellschaften
- ★ Festlegung, dass der Vorsitz im Kontrollausschuss von einer Person geführt werden muss, die nicht derselben politischen Partei angehört wie der/die Bürgermeister:in
- ★ Ungehinderter Zugang des Kontrollausschusses zu den Akten, Urkunden und Besprechungsprotokollen, die dem Stadtrechnungshof als Grundlage seiner Berichterstattungen dienen
- ★ Stadtsenatsmitglieder sind in Sitzungen des Kontrollausschusses auskunftspflichtig

anderen Parteien vereinbarte Wahlkampf-kostenobergrenze. Statt 400.000 Euro gab sie mehr als eine Million aus. Gleich nach der Grazer Gemeinderatswahl trat ein Skandal in der FPÖ zutage: Hunderttausende Euro an Steuergeld hatten sich einzelne Parteigranden unter den Nagel gerissen. Im Juni folgte auf Bundesebene der nächste Paukenschlag: Der Rechnungshof zweifelt an der Wahlkampf-kostenabrechnung der ÖVP und schickt ihr deshalb Wirtschaftsprüfer.

Für Katzensteiner besteht deshalb dringender Handlungsbedarf: „Die Politik ist es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, mit Steuergeld besonders sorgsam, sparsam und transparent umzugehen“, so die Kommunistin.

Esther zieht in ihr neues Haus

Dem Wunsch, möglichst lange gesund zu Hause zu leben, wird jetzt mit dem „Haus Esther“ Rechnung getragen. Das neue Zentrum für gesundes Altern und für mehr gesunde Lebensjahre befindet sich in der Grazer Betlehemgasse 6.

Was ist das Beste für Esther?

Entwickelt wurde das Modell Esther ursprünglich in Schweden. Es zielt auf eine optimale Entwicklung im Gesundheitssystem ab und versucht Lösungen für eine immer älter werdende Gesellschaft zu finden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist eine fiktive ältere Person Namens Esther. Sie möchte selbständig leben, benötigt dazu aber Unterstützungsangebote. Die Erkenntnisse über die Modellperson



v.l.n.r. Johann Harer, Norma Rieder, Stadtrat Robert Krotzer, Andrea Fink, Gerd Hartinger, Bürgermeisterin Elke Kahr, Wolfgang Kratky, Iris Knausz, Günter Hirner.

FOTO: STADT GRAZ/FISCHER

Esther flossen in das Grazer „Haus Esther“ ein.

Mehrere Pflege- und Hilfsangebote der Stadt Graz und von Partnergesellschaften werden

dabei unter einem Dach zusammengefasst. Für ältere Menschen bzw. ihre Angehörigen bedeutet das: Sie haben ein optimales Angebot und ersparen

sich unnötige Wege. Das Beste für Esther, so die Schlussfolgerung, ist also, wenn alle Kräfte gebündelt werden und optimal zusammenarbeiten. „Ich freue mich sehr, dass wir nun eine so wichtige Anlaufstelle hier mitten im Bezirk Gries haben. Hier wirken und arbeiten viele Menschen mit viel Engagement und Herzblut zusammen“, freut sich Gesundheits- und Pflegestadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ).

Angebote im „Haus Esther“

Hier befindet sich die Pflegedrehscheibe ebenso wie das Zentrum für gesundes Altern, der Stützpunkt der mobilen Dienste der GGZ und vieles mehr.

ggz.graz.at/haus-esther